

KONTINUITÄTEN UND UMDENKEN IN DER (ISLAMISMUS-)PRÄVENTION

Werkstattbericht zum **KURI-Projekt** von **Lea Brost (IFSH)** und **Lea Deborah Scheu (PRIF)**



Laufzeit: 09/2020-08/2024

FORSCHUNGSDESIGN

Fragestellungen:

- Wie werden Maßnahmen gegen Islamismus begründet?
- Welche Bedrohungswahrnehmungen und Handlungslogiken prägen die Praktiken von Sicherheitsbehörden und Präventionsakteuren?

Zielsetzung:

- Grundlagenforschung zum Umgang mit Islamismus in Deutschland; Rekonstruktion und Analyse von Entscheidungsfindung und Praktiken

Methodik hier gezeigter Daten:

- Langzeitstudie zu islamistischen Aktivitäten
- 43 qualitative Interviews mit Präventionsakteuren und Politik seit 03/2023

ANSCHLAGSGESCHEHEN

2001 - 2023:

- 15 durchgeführte Anschläge
- 4 fehlgeschlagene Anschläge
- 32 Anschlagsvorbereitungen
- 34 Verdachtsfälle
- Großteil von Einzeltäter:innen durchgeführt (13 von 15)

PRÄVENTIONSAKTEURE

- Sicherheitsbehörden (Verfassungsschutz und Polizeibehörden)
- Bundes- und Landesgesetzgeber
- zivilgesellschaftliche Träger
- Justiz
- Verwaltungsbehörden (Koordinierungsstellen und Demokratiezentren)
- Regelstrukturen (Schule)

MASSNAHMENKOMPLEX

- sicherheitsbehördliche Kompetenzen (Vereinsverbote, Quellen-TKÜ, Vorratsdatenspeicherung, ATD)
- strukturelle und organisatorische Maßnahmen (GTAZ, Datenbanken, RADAR-iTE)
- Strafrechtsänderungen (§§ 89a ff. StGB, Erweiterung § 129a StGB)
- Bundesprogramme und Förderlinien (Demokratie leben!)

MASSNAHMEN-LEGITIMATION

Trends aus Sicht aller Befragten:

- Professionalisierung, wachsende Regulierung und „Vernachlässigung“
- Vernetzung und Zusammenarbeit in der Prävention
- „Wellenphänomen“ (Aufmerksamkeitsökonomie)
- Wechselwirkungen, Aktionismus und bereits vorhandene Lösungen (garbage can-Modell)
- Diskrepanz zwischen Erwartung und Umsetzbarkeit (sicherheitskulturelles Dilemma)

BEOBACHTUNGEN

- Politik reagiert regelmäßig mit Aktionismus auf Handlungsdruck und gesellschaftliche Erwartungen
- Öffentliche Aufmerksamkeit nach Anschlägen wird von Befragten aus allen Bereichen als Welle interpretiert
- Professionalisierung und Vernetzung aller Befragter seit 2001
- Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft in der Präventionsarbeit größtenteils etabliert
- Umdenken in Richtung phänomenübergreifende Bearbeitung von Extremismus in der Zivilgesellschaft

EMPFEHLUNGEN DER PRAXIS

- Befragte aus allen Bereichen fordern Verstärkung der Prävention sowie Stärkung von Regelstrukturen.
- Sicherheitsbehörden fordern mehr technische Ressourcen, Personal und die Aktualisierung von Gesetzen.
- Zivilgesellschaft sieht Bedarf an der Sensibilisierung von Polizist:innen sowie der Bearbeitung von antimuslimischem Rassismus als gesondertem Bereich.
- Befragte aus der Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden plädieren für eine Entmystifizierung von Präventionsarbeit sowie mehr Austausch mit der Politik.

